

Deutschland.

Berlin, 30. Januar. Gestern Vormittag wohnte das Kaiserpaar dem Gottesdienste in der Garnisonkirche bei. Nach dem Schlosse zurückgekehrt, arbeitete der Kaiser und Königin zunächst allein und empfing später den Besuch einiger fürstlichen Herrschaften. Um 1 1/2 Uhr Nachmittags waren die kaiserlichen Majestäten mit dem Herzog und der Herzogin von Connaught, dem Erbprinzen von Sachsen und der Erbprinzessin von Schleswig-Holstein zur Frühstückerstafel im königlichen Schlosse vereint.

Der Kaiser hat dem früheren Justizminister v. Friedberg zu seinem 50jährigen Geburtstag sein Glückwunsch mit der Unterschrift: Nemo me impune lacessat (Niemand reizt mich ungestraft).

Der König von Sachsen empfing am 28. d. M., Vormittag, die im königlichen Schlosse gewählten Reichstags-Abgeordneten aller Fraktionen, mit Ausnahme der sozialdemokratischen.

Der Text zu der Predigt, welche der stellvertretende Schloßprediger Dr. Dreyer bei dem Gottesdienste am 27. in der Schloßkapelle hielt, war dem Vernehmen nach: „Kreuz und Schwert“, zufolge von dem Kaiser selbst ausgewählt; er lautete: „Evangelium 11. B. 21-22: „Wenn ein Mann seinen Namen auf sich nimmt, so bleibt das Seine mit Frieden. Wenn aber ein Starker über ihn kommt und überwindet ihn, so nimmt er ihm seinen Namen, darauf er sich verließ, und theilt den Namen aus.“ und Psalm 50: „Rufe mich an in der Noth, so will ich dich erretten, so sollst du mich preisen“.

Die „Köln. Ztg.“ bringt einen Artikel des Generals der Infanterie v. Leszynski, betitelt: „Mahnung in letzter Stunde“. In demselben wird ausgeführt, daß wir heute noch die Freiheit des Handels haben, nach wenigen Jahren sei dies nicht mehr der Fall; das sei ein mathematisches festes Gesetz, welches kein Sachverständiger bezweifeln könne. Seit 1879 sei die Möglichkeit eines Krieges nach zwei Fronten aufgetreten. Im Jahre 1887 habe Kaiser Wilhelm I. dem General v. Leszynski nach dessen Rückkehr aus Rußland gesagt: „Ich sehe schon, wir müssen uns anders organisieren. So lange ich lebe, wird es wohl gehen, mein Sohn mag es dann machen.“ Rußland sei seit 1888 wahrhaft sprunghaft vorgegangen und Frankreich habe mit der Durchführung der allgemeinen Dienstpflicht Waffen geschaffen, die uns an Zahl überlegen seien. Die Armeen habe die Kraft, die zweijährige Dienstzeit hinzunehmen; es wäre schlimm um uns bestellt, wenn der militärische und nationale Sinn nicht noch ganz andere Aufgaben bewältigen könnte. Bei einer Frage, die das Wohl und Wehe des Vaterlandes berühre, könne die Schwere nie und nimmer entscheiden. Die deutsche Nation stehe an einem Wendepunkte, es frage sich heute: Wollen wir die in heißen Kämpfen erzwungene Stellung behaupten oder nicht? Führen wir ein starkes Schwert, so behaupten wir uns, führen wir ein roßiges Schwert, so wird durch die Unmöglichkeit der Parteien, so behaupten wir uns nicht. Darum handelt es sich.

Nach Äußerungen, welche, wie von verschiedenen Seiten gemeldet wird, in der Steuerreformkommission des Abgeordnetenhauses von der Regierungseite gefallen sind, erscheint es nunmehr wahrscheinlich, daß die Frage der Gemeindeförderung des Reichsfiskus nach in der laufenden Reichstags-Sitzung ihre gesetzgeberische Erledigung finden wird. Die Vorarbeiten für die Förmung dieser Frage sind schon vor längerer Zeit eingeleitet worden. Bereits im Beginn des vorigen Jahres war im Reichs-Schatzamt ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die gesetzliche Regelung aller hierbei auftauchenden Fragen ins Auge faßte. Derselbe hat inzwischen vielfachen Erweiterungen zwischen den beteiligten Reichs-Ämtern unterlegen. Wenn diese verhältnismäßig lange Zeit gebraucht haben, um zu einem positiven Ergebnisse zu gelangen, so lag das in den Schwierigkeiten, welche die zu regelnde Materie bot. Man darf nicht vergessen, daß dem Reichstage im Jahre 1874 ein Gesetzentwurf vorgelegt wurde, welcher den ausgearbeiteten und durch längere Ausführungen begründeten Zweck verfolgte, jeden Zweifel daran auszuscheiden, daß das Reich zu irgend welcher Steuer persönlicher Natur nicht herangezogen werden dürfe. Nun haben sich so allerdings die Verhältnisse seit jener Zeit wesentlich verändert. Das Reich hat in verschiedenen Städten mannigfache und ausgedehnte Betriebe errichtet, welche den Städten große Ausgaben verursachen, ohne daß den letzteren ein Äquivalent in ähnlicher Weise wie von den Staatsbetrieben geboten würde. Es sind darüber in den letzten Jahren vielfache Klagen laut geworden. Die Gemeindefürsorge, Eilberck und Gaarden, welche allerdings wenn auch vornehmlich so doch nicht ausschließlich in dieser Frage in Betracht kommen, haben sich sogar mit Eingaben an den Reichstag gewendet, die auch in der Kommission wie im Plenum zu ausgedehnten Verhandlungen Anlaß gegeben haben. Dieser völlig veränderten Sachlage ist natürlich bei den erwähnten Erweiterungen Rechnung getragen. Sie dürfte auch in dem zu erwartenden Gesetzentwurf zum Ausdruck kommen. Wenn der Entwurf über die Gemeindeförderung des Reichsfiskus vor der Erledigung der Steuerreform in Preußen Gesetz würde, würde übrigens eine einfache Einkämpfung in den preussischen Kommunalsteuer-Gesetzentwurf genügen, um dieser Reform Rechnung zu tragen.

Bekanntlich schwebt seit längerer Zeit der Plan einer Dänisch-Nordsee-Verbindung zwischen der Elbe und der Ostsee durch Herstellung einer Kanal-Verbindung zwischen dem erstgenannten Strom und der Trave. Das Unternehmen des Elbe-Trave-Kanals hat besonderen Werth für Altona, namentlich im Hinblick auf die große Gefahr, welche seinem Handel von der Eröffnung des Nord-See-Kanals droht, ebenso ist es auch von erheblicher Bedeutung für die beteiligten preussischen Landestheile. Die Durchführung des Planes hat sich lange verzögert; technische und finanzielle Schwierigkeiten stellen sich derselben entgegen; diese sind nunmehr überwunden; zwischen den beteiligten Staaten Elbe und Preußen ist Einverständnis über den Bauplan, dessen Finanzierung und Ausführung erzielt. Dem preussischen Landtage dürfte noch in der laufenden Tagung eine befriedigende Vorlage zugehen.

Die zur Reichs-Schiffahrt gelangte Steuermehre an Zöllen und Verbrauchssteuern hat während der ersten drei Viertel des laufenden Etatsjahres

461,3 Millionen oder 5,7 Millionen weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres betragen. Die Zölle sowohl wie die Mehrzahl der Verbrauchssteuern weisen ein Weniger gegen das Vorjahr auf; die Zölle in Höhe von 0,8 Millionen, die Verbrauchsabgabe von Branntwein 6,9 Millionen, die Verbrauchsabgabe von Zucker 1,9 Millionen, die Tabaksteuer 0,5 und die Salzsteuer nahezu 0,2 Millionen. Demgegenüber weisen die Zuckermaterialsteuer ein Mehr von 3,8 Millionen, die Branntweinmaterialsteuer 0,6 Millionen und die Branntweinsteuer 0,2 Millionen auf. Einige von den anderen Einnahmequellen haben gleichfalls ein Weniger erbracht. So die Wechselstempelsteuer ein solches von 0,2 und die Börsensteuer von 3,1 Millionen. Dagegen hat sich die Einnahme aus der Post- und Telegraphenverwaltung beträchtlich gegen das Vorjahr erhöht und zwar um 8,8 Millionen, die der Reichs-Eisenbahnverwaltung um 1,3 Millionen.

Die Amberg Reichstags-Abgeordnete des Dr. Sigl ist seit Freitag offiziell. Doch scheint der Herausgeber des „Vaterland“ keinen besonderen Werth auf sie zu legen, da nach seiner Äußerung in dem dortigen „patriotischen Sammel“ mit der entsprechenden Parteipresse, eine Kandidatur des gefundenen Menschenverstandes nicht möglich ist. Immerhin giebt die Sprache einen Vorgeschmack von der Art des dort dem Zentrum bevorstehenden Wahlkampfes. Auch die Anhänger-Sigls scheinen sich keine sonderlichen Illusionen zu machen; ein katholischer Geistlicher hat in München bei dem Kandidaten Wahlzettel mit dessen Namen verlangt, damit die Amberger Preußen doch nicht die Alleinherrschaft zu bezeugen glauben.“ Er früher schon bemerkt, ist die vorläufige Hauptstadt der Verpfälz ein besonders fester Punkt des hergebrachten bairischen Merkmal-patriotismus. Immerhin kann auch dort der jetzt offiziell eröffnete Sigls Wahlbezirk recht interessante Erscheinungen zeitigen.

Königsberg i. Pr., 29. Januar. (W. Z. B.) Der Großfürst-Thronfolger ist für vor 10 Uhr mit einer dreiviertelstündigen Verspannung hier eingetroffen, weil ein Salomwagen einen Federbruch erlitten hatte und in Dransberg ausgekehrt werden mußte. Ein Empfang am hiesigen Bahnhof fand nicht statt, der Großfürst setzte alsbald die Reise fort.

Thorn, 26. Januar. Interessant ist es, wie sich die gegenseitigen Annahmen der deutsch-russischen Grenze zu stellen wissen, um im Geschäftsverkehr zu bleiben, hauptsächlich um Nachrichtenmittel aus Rußland einzuführen. Der Verkehr von Personen über die Grenze ist nur auf der Eisenbahn gestattet. Die Einfuhr von Nachrichtenmitteln ist aber überall frei. Die russischen Händler beladen nun, so schreibt man der „Köln. Ztg.“, ihre Wagen und bringen sie an die Grenze. Dort lassen sie den Wagen, nachdem die Pferde durch einige Peitschenhiebe aufgemuntert sind, ohne Rücksicht weiterlaufen. Einige Schritte jenseits der Grenze tritt ein deutscher Kutscher hinzu und bringt die Waaren auf den Markt. Der Erlös dafür wird in den Wagen gelegt und dieser auf dieselbe Weise nach Rußland zurückgeschickt.

Halle a. S., 28. Januar. (W. Z. B.) Im Auftrag des hiesigen Oberbürgermeisters publiziert die „Saale-Zeitung“ folgende amtliche Bekanntmachung: Nach Telegrammen und Zeitungsberichten aus Erfurt ist der städtische Stadtag aufgehoben, weil in Halle und Umgebung die Cholera sei. Aus amtlichen Mittheilungen der Polizeiverwaltung aus Halle geht hervor, daß dieses Gerücht, soweit es sich um den Stadtkreis Halle handelt, unbegründet ist. Seit Beginn der Choleraepidemie in der Provinzial-Irrenanstalt zu Netteben im Saalkreis ist Halle vollkommen cholerafrei geblieben. Der Gesundheitszustand im Stadtkreis ist gut. In der Irrenanstalt zu Netteben läßt die Cholera erhebliche nach. Vorgefunden kamen daselbst zwei Erkrankungen vor, gestern keine. In Netteben ist seit dem 24. d. M. eine neue Cholera-Erkrankung vorgekommen. Auch die sonstige Umgebung ist frei von Cholera. Geheimrath Koch reist heute ab.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 28. Januar. (W. Z. B.) Abgeordnetenhaus. Bei der Beratung des Budgets für das Unterrichtsministerium betonte der Unterrichtsminister Dr. v. Gautschi, die Theilung der Schulbücher nach Konfessionen widerspreche dem Geiste und dem Standpunkte der Toleranz; er halte an dem Unterpunkt in den kaiserlichen Sprachen unbedingt fest. (Lebhafte Beifälle.) Hinsichtlich der im Gange befindlichen Konversion erklärte der Finanzminister, es genüge bei den auf den Namen lautenden, ferner bei den als Rationen oder bei Depositionen und Behörden hinterlegten Konversionsaktiven die Bekanntgabe der Konversionsabsicht bis zum 7. Februar bei den Konversionsstellen.

Salzburg, 29. Januar. (W. Z. B.) Nach einer Meldung aus Ramsdörf ist daselbst in vergangener Mitternacht ein starker Erdstoß verspürt worden.

Wien, 28. Januar. Außer den aus der liberalen Partei ausgetretenen Mitgliedern giebt es noch eine namhafte Anzahl von Abgeordneten in der liberalen Partei, welche die Zügel nicht wollen, man spricht sogar von vierzig Mitgliedern, doch hofft man an Stelle dieser Abtrünnigen zuversichtlich für eine liberale Reichspolitik von der äußersten Linken mindestens ebenso viele Stimmen zu gewinnen, so daß der Sieg der Regierung im Unterhause sicher wäre. Die Schwierigkeit der Lage liegt auch nicht hier, sondern bei der Krone und beim Oberhause, das sich ganz nach der Stimmung des Hofes einrichtet. Da aber jede Verjüngung nur den liberalen Umtrieben dient und deren Ausbreitung fördert, dringt man in fortschrittlichen Kreisen darauf, daß die Regierung möglichst bald mit ihren kirchenpolitischen Vorlesungen herbeizutreten, selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch die jetzige schlechte Krise in eine akute umgewandelt wird. Auf alle Fälle ist die Lage der Regierung überaus ernst, und es steht außer Zweifel, daß ihr Fall, wenn er unvermeidlich wäre, auch den Zerfall der liberalen Mehrheit und die Bildung einer konservativen Regierungspartei herbeiführen würde.

Frankreich.

Paris, 26. Januar. Endlich ist die lang erwartete Erklärung des Staatsanwalts erschienen, wodurch drei durch den Panama-Skandal angeblich kompromittirte Persönlichkeiten außer Verfolgung gesetzt werden; es handelt sich um Jules

Roche, Thesvenet und Emmanuel Arène. Andererseits wurde die Kammer von der Anlageverletzung verschiedener der Bestechung hinlänglich verdächtiger Persönlichkeiten, ausnahmslos Abgeordnete und Senatoren unterrichtet. Man nennt hauptsächlich Rouvier, Proust, Devès, Renault, Charles de Lesseps, Henri Cottu, Fontane, Albert Grevy, Blondin, Beral, Dugué de la Fauconnerie, Balthaz, Sans-Vieille und Gabrou. Gemäß den Artikeln 133 und 134 des Strafgesetzbuches wird der Untersuchungsrichter noch heute die Anklageschriften dem Generalanwalt der Republik übergeben, welcher seinerseits einen Bericht abfassen wird. Die mit der Anlageverletzung betraute Kammer wird am nächsten 3. Februar sich eingehend mit dem Bericht des Generalanwalts befassen und die Anklagen prüfen. Ebenfalls werden letztere ausnahmslos gegen die Anlage protestieren, welche sie der Bestechung oder der Mithilfe der Bestechung von öffentlichen Beamten nicht zuschreiben. Die Angeklagten halten es nämlich für nicht zulässig, das Attribut „öffentlicher Beamter“, einem Senator oder Abgeordneten beizulegen. In den Salons des Palais Bourbon wurde die Nachricht mit allgemeiner Verwunderung und großer Ueberraschung aufgenommen. Man hatte unter Anderem mit Sicherheit erwartet, daß Rouvier einen Anklagezustand verweigert werde. Eine Komplikation wird in das ganze Prozedere dadurch gebracht werden, daß Rouvier in seiner Eigenschaft als früherer Minister verlangt, vor der „Haute Cour“ des Senats prozessiert zu werden.

Die „Erfassung“ verlangt die Verhaftung Andrieux und Delahaye, um dieselben zur Enthüllung der Thatsachen und Namen zu zwingen, welche sie zu wissen vorgeben, und welche sie nur ausbeuten, um den Panama-Skandal möglichst lange hinzuziehen.

Die Nachricht, daß der Staatsanwalt dem so lange gesuchten Bankier Arton, einem der meist kompromittirtesten im Panama-Skandal, auf die Spur gekommen sei, scheint wieder einmal verfehlt gewesen zu sein. Der „Gaulois“ behauptet, daß Arton sich seit Wochen in der Nähe von Paris auf dem Gebiet von Moresnet aufhalte, und von da aus mit seinen Pariser Freunden eine fortwährende Korrespondenz unterhalte. Man solle die Empfänger der Briefe Artons ausfindig machen, um Arton sicher auf die Spur zu kommen.

Die „Libre Parole“ tritt in ihrer heutigen Nummer wieder mit einer neuen Sensations-Aufgabe auf. Wie das genannte Blatt berichtet, hat Rouvier eine Aenderung in der Zusammensetzung des höchsten Gerichtshofes von Algerien angeordnet, um den General Camille-Ben-Mad einen in der Verfassungsinfraktion befindlichen Prozeß gewinnen zu lassen, welchen derselbe in erster Instanz gegen den Bey von Tunis verloren hatte. Rouvier hätte für diese Intervention die Deposition einer Summe von 50 000 Francs bei dem Abvokat Mercier in Paris verlangt. Da der General Camille-Ben-Mad diese Summe, im Falle, daß er den Prozeß verlieren würde, zurückbezahlt haben wollte, so scheiterten die weiteren Verhandlungen. Die „Libre Parole“ behauptet, zwei Originaldokumente zum Beweise von ihr behaupteten Thatsachen zu besitzen.

Die verschiedenen sozialistischen Gruppen von Paris haben Aufrufe erlassen, in welchen sie die Arbeiter von Paris auffordern, sich am 6. Februar in der „Salle Reger“ einzufinden, um über die für den 1. Mai zu treffenden Maßnahmen zu beschließen. Alle Anzeichen — so schließt der Aufruf, deuten darauf hin, daß der 1. Mai 1893 bestimmt ist, die soziale Republik in Frankreich zu inaugurieren.

Paris, 28. Januar. (W. Z. B.) Deputiertenkammer. Die Debatte über das Marinebudget wurde fortgesetzt. Der Berichterstatter Thompson erklärte, die Bewaffnung der Marine werde im Jahre 1893 eine bessere sein, als dies im Jahre 1892 der Fall gewesen; das Mittelmeer-Schwadron sei der italienischen Flotte überlegen und das Nord-Schwadron befände sich in unbefriedigendem Fortschritt; daselbst sei der Zahl nach fast der gesamten deutschen Flotte gleich. Die Offensivstärke der Flotte werde von Jahr zu Jahr zunehmen. Die Gesamtheit der Schlachtkreuzer betrage gegenwärtig 422 und werde sich im Jahre 1897 auf 515 belaufen. Marine-Minister Admiral Rouvier hat, die beantragten Kredite ohne Zögern zu bewilligen, dieselben würden im Interesse des Landes aus beste Verwendung werden. Der Abgeordnete Pechou habe sich zu pessimistisch ausgesprochen; die Marine sei durch das auf der Höhe ihrer Pflichten. (Beifälle.) Mehrere Kapitel des Budgets wurden hierauf angenommen.

Paris, 28. Januar. (W. Z. B.) Das „Journal officiel“ veröffentlicht ein Dekret, durch welches Cornelius Herz wegen ehrenrühriger Handlungen aus den Listen der mit dem Orden der Ehrenlegion Ausgezeichneten gestrichen wird.

Italien.

Palermo, 29. Januar. (W. Z. B.) Auf die hiesige Universität wurde in Folge von Unzufriedenheiten der Studierenden geschlossen.

Spanien und Portugal.

Lissabon, 29. Januar. (W. Z. B.) Die Finanzkommission der Deputiertenkammer wird morgen den Vorläut ihres Berichtes über das Budget der auswärtigen Schuld feststellen.

Schweden und Norwegen.

Kristiania, 29. Januar. (W. Z. B.) In den letzten Tagen herrschte auf den Fjorden ein ungewöhnlich hoher Sturm. So weit bis jetzt bekannt ist, sind bei demselben 7 Fischerboote mit einer Bemannung von im Ganzen 41 Personen untergegangen; man befürchtet indessen, daß die Zahl der untergegangenen Boote noch größer ist.

Rußland.

Petersburg, 28. Januar. (W. Z. B.) Der „Regierungsbote“ meldet: Am 15. d. M. (a. St.), dem Geburtstag des deutschen Kaisers, wurden der deutsche Botschafter und der deutsche Militärattaché von Allerhöchsten Dekreten in das eigene Palais Sr. kaiserlichen Majestät (Anschlußpalais) geladen.

Petersburg, 28. Januar. (W. Z. B.) Das „Journal de St. Petersburg“ schreibt: „Man hat in den gestrigen Telegrammen die Worte gelesen, mit denen der deutsche Kaiser bei der zu Ehren des Kaiserthums vom Offizierskorps des Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments ver-

anstalteten „Frühstückstafel“ die Gesundheit des Kaisers von Rußland ausgebracht hat. Der erlauchte Herrscher hat dabei bereite Worte den Traditionen der Freundschaft gewidmet, die beide kaiserlichen Familien verbindet, und von welcher die dem Kaiserthum bereite Aufnahme ein neues Zeugnis ist, das alle Freunde des Friedens mit aufrichtiger Freude begrüßen werden.“

Türkei.

Bera, 28. Januar. (W. Z. B.) Heute Vormittag fand anlässlich der Geburtstagsfeier Sr. Majestät des deutschen Kaisers in der Kapelle der deutschen Botschaft hierseits ein Gottesdienst statt, bei welchem Pastor Suble die Predigt hielt und welchem der deutsche Botschafter, das Personal der Botschaft und des Generalkonsulats, die Offiziere des Dampfers „Vorels“, sämtliche in türkischem Dienste stehende deutsche Zivil- und Militärpersonen, sowie der rumänische Gesandte beizuhatten. — Heute Mittag war bei dem Botschafter Fürst Radolich großer Empfang, bei welchem der Fürst den Toast auf Sr. Majestät des Kaisers ausbrachte. Während desselben gab ein türkisches Kriegsschiff 21 Salutschüsse ab. Um 2 Uhr überbrachten der Oberzeremonienmeister und der erste Generaladjutant des Sultans dem deutschen Botschafter die Glückwünsche des Sultans. Am Abend fand in der deutschen Botschaft ein Diner statt, wozu 1108 Einladungen ergangen waren. Fürst Radolich dankte in einer Ansprache auf die Glückwünsche des Sultans und schloß mit einem Hoch auf Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm. Der Sultan hatte zu dem Diner das kaiserliche Orchester gelandt.

Asien.

Shanghai, 7. Dezember. (Köln. Ztg.) Vor etwa 30 Jahren wurde in allen Orten am Yangtsekiang ein chinesisches Buch mit dem Titel „Gnadenstoß für die verruchte Lehre“ in Tausenden von Exemplaren verbreitet. Dieses Pamphlet war ein wüthiger Vorläufer der unlängst von Human ausgegangenen Schandgeschäfte, da es ganz ähnliche schändliche und schmutzige Beschuldigungen der christlichen Religion und ihrer Sendboten enthielt. Es blieb aber immer im Dunkel, wer wohl der Verfasser wäre. Lange Zeit glaubte man, ein sehr fremdenfeindlicher Admiral Namens Peng habe das Buch geschrieben. Jetzt endlich hat Dr. Griffith John auch in diese Sache Licht gebracht. Der Verfasser ist ein noch lebender früherer Beamter Namens Tsui, der aus demselben Orte gebürtig ist wie Tscho Han, der Hauptanführer der vorjährigen Bewegung. Bei der Raubthat und Zerschmetterung, mit der die fremden Gesandten diese ganze so wichtige Angelegenheit bislang behandelt haben, werden über kurz oder lang demselben Nest sicher noch weitere artigere Tugenden entschlüpfen. Kein Wunder, daß es am Yangtsekiang immer noch nicht ganz ruhig werden will. — Kürzlich haben in Hsichang wieder Zusammenrottungen stattgefunden; ein Theil der Bemannung eines im Hafen befindlichen englischen Kriegsschiffs wurde dabei aus Land gesteckt und schlichte die Aufständischen.

Amerika.

Newyork, 29. Januar. (W. Z. B.) „An Bord der Schiffe „La Normandie“ und „Didam“ sind heute 3 350 000 Dollars Gold nach Europa abgegangen; weitere 1 500 000 Dollars werden am nächsten Dienstag zur Verschiffung gelangen.

Südsee.

Auch das Königreich Hawaii hat nun seine Revolution gehabt und Königin Kikualani aus dem Hause Kapapaala, des seligen Kalakaua jüngere Schwester, ist entthront. Eine provisorische Regierung ist eingesetzt und eine Generalversammlung, welche den Anschlag Hawaiis an die Vereinigten Staaten betreffen soll, befindet sich schon auf dem Wege von San Francisco nach Washington. Nach Meldungen, welche dem Staatsdepartement in Washington zugegangen sind, wurde das hiesige Kabinett von Hawaii am 12. d. M. gelöst und ein neues ernannt. Die Königin verfiel hierauf die gesetzgebende Versammlung und versuchte, eine neue Verfassung zu proklamieren, welche die königliche Privilegien vergrößert und die Wähler das Wahlrecht vergrößert hätte. Am 16. d. M. organisierten die Bewohner der Hawaii-Inseln einen öffentlichen Volksfabrik-Ausschuss; am nächsten Tage wurde eine provisorische Regierung eingesetzt und die Königin entthront, ohne daß es zu Blutvergießen gekommen wäre. 300 Marinegelenken wurden von dem amerikanischen Kriegsschiff „Boston“ auf Eruchien des amerikanischen Kontinents gelandet. Auf den Inseln herrscht vollkommene Ruhe.

Der Newyorker „Sun“ veröffentlicht weitere Einzelheiten über die Unruhenbewegung auf den Hawaii-Inseln, wonach durch die neue Verfassung die Regierung in die Hände der Eingeborenen gelangt wäre. Die Minister, welche sich gereigert hätten, diese Verfassung gegenzuzeichnen, hätten die Flucht ergriffen müssen von den Drohungen der Königin. Nach deren Entthronung hätte der öffentliche Volksfabrik-Ausschuss die Abschaffung der Monarchie proklamiert und eine provisorische Regierung eingesetzt, welche im Amte bleiben sollte, bis die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten befristet Vereinigung Hawaiis mit der nordamerikanischen Republik durchgeführt seien. Die Königin zog sich auf ihren Landanwesenheit zurück.

Die Revolution ist zweifellos das Werk der auf den Sandwich-Inseln ansässigen Nordamerikaner, welche schon lange den Anschlag des Königreichs an die Vereinigten Staaten betrieben, damit jedoch in Washington verhältnismäßig geringe Obacht wurde. Die Regierung der Vereinigten Staaten wollte sich um keinen Preis in die Verhältnisse des Inselreichs einmischen, ließ vielmehr die Ereignisse ruhig ihren Gang gehen, zumal es gewissermaßen als selbstverständlich zu betrachten war, daß nach dem Ausbruch einer Revolution, die nur eine Frage der Zeit sein konnte, die Inseln an die Vereinigten Staaten fallen müßten. Jetzt, wo eine vollendete Thatsache vorliegt und die Nation es verlangt, wird der Anschlag jedenfalls erfolgen. Die europäischen Mächte einschließliche Englands dürften kaum Widerpruch erheben, da die nordamerikanischen Interessen auf den Sandwich-Inseln dominieren, wenigstens insofern der meiste Grundbesitz sich in den Händen der kalifornischen Zuckerbauern befindet.

Die Sandwich-Inseln haben einen Flächen-

inhalt von 16 946 Quadratkilometer. Die Bevölkerung zerfällt nach der Zählung vom 28. Dezember 1890 in 34 436 Eingeborene, 6186 Missionäre, 21 119 Weiße, 15 301 Chinesen, 12360 Japaner, 588 Südsee-Inulaner. Die weiße Bevölkerung besteht aus 8602 Portugiesen, 1928 Amerikanern, 1344 Engländern, 1034 Deutschen, 227 Norwegern, 70 Franzosen, 419 Angehörigen anderer Nationen und 7495 Kindern von Ausländern.

Die Inseln zeichnen sich durch große Fruchtbarkeit und herrliches Klima aus. Die eingeborene Bevölkerung, die leider in rapidem Aussterben begriffen ist, ragt im Allgemeinen durch Intelligenz und körperliche Schönheit vor den übrigen Südsee-Inulanen hervor. Bekanntlich sind die Sandwich-Inseln durch die „Chinesenpest“, den Anschlag, in grauenvoller Weise verheert. Nach der zur Gruppe gehörigen Insel Molokai werden alle Auswärtigen der Südsee transportiert, um dort ihre Tage zu beschließen.

Königin Kikualani wurde ihrem am 20. Januar 1891 verstorbenen Bruder Kalakaua gefolgt, sie hat also nicht volle zwei Jahre regiert; sie war mit einem Nordamerikaner Namens John D. Dominis verheiratet und ward vor anderthalb Jahren Wittwe. In Honolulu, der herrlich gelegenen Hauptstadt mit gegen 30 000 Einwohnern bewohnte sie, den seiner Zeit von Kalakaua erbauten, großartigen europäischen Palast, der wohl fortan als Regierungsgebäude Verwendung finden wird.

W. Z. B., meldet ferner:

Washington, 29. Januar. Die hawaiische Abordnung, deren Anführer am Bord der „Caudine“ aus San Francisco gemeldet wurde, besteht aus fünf Mitgliedern und soll hier, wie bereits berichtet, den Anschluss Hawaiis an die Vereinigten Staaten nachsuchen. In hiesigen politischen Kreisen hält man dieses Ziel für nicht wohl erreichbar, da die Annexion Hawaiis durch die Vereinigten Staaten eine Neuierung in der Unionspolitik bedeuten und die Verantwortlichkeiten im Gefolge haben würde, welche die Vereinigten Staaten nicht auf sich nehmen könnten. Ueberdies würden die dabei interessierten fremden Mächte zu der Annexion Hawaiis auch schwerlich ihre Zustimmung ertheilen.

Das Kriegsschiff „Mebican“ ist nach Honolulu abgegangen.

Washington, 29. Januar. Ueber die Frage, ob Hawaii annektiert werden, oder die Souveränität der Vereinigten Staaten eintreten solle, ist die öffentliche Meinung getheilt. Einige ist man aber darin, daß kein anderer Staat die Verhältnisse in Hawaii übersehen dürfte.

Ueber San Francisco wird gemeldet, die Königin von Hawaii habe eine Proklamation erlassen, in welcher sie gegen die provisorische Regierung und die Landung amerikanischer Truppen protestiert. Sie erklärt, sie weiche der Gewalt und erwarte, von den Vereinigten Staaten wieder in ihre Macht eingesetzt zu werden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 30. Januar. Der Zentral-Armenpflege veröffentlicht seinen Jahresbericht für 1892, dem 10. seines Bestehens. Im Vorstand sind einige Änderungen eingetreten; derselbe besteht nunmehr aus den Herren Polizeipräsident Thon als Vorsitzenden und Geh. Kommerzienrat Schlutow als dessen Stellvertreter, aus den acht Vorsitzenden der Bezirks-Armenvereine und Herrn Stadtrat Grunow als Vertreter der städtischen Armenverwaltung. Die Aufgabe des Zentralverbandes ist eine doppelte: Er hat die eigenen Anstalten, die zur Zeit in der Zentralstelle für Hilfsbedürftige, der Diakonissenstation und den 2 Kaffeehäusern bestehen, zu verwalten und zweitens bei der von den Bezirksarmenvereinen geleiteten Armenpflege vermittelnd und fördernd einzuwirken. Die Zentralstelle für Hilfsbedürftige und für Arbeitsnachweis (Klosterhof 12) weist Hilfsbedürftige, für die anderen in der Stadt gefordert wird — wie es in Betreff der einheimischen Armen seitens der Bezirksarmenvereine und in Betreff gewisser Handwerkersektoren seitens der mit Unterstützungsgeldern versehenen Innungen geschieht — den betreffenden Stellen zu, bildet hier also nur ein vermittelndes Auskunfts-Bureau. In allen übrigen Fällen gewährt sie nach Prüfung des Bedürftigen unmittelbare Naturalunterstützung, die in der Regel nur einmal und gegen entsprechende — im Ruption von Tausenden bestehende — Arbeitsleistung verabreicht wird und je nach der Tageszeit durch Anweisung auf eine Proportion, eine Mittagsmahlzeit in der Volkshalle oder volle Verpflegung auf einen Tag bestehend in Mittagessen, Abendbrot, Nachtquartier und Morgenbrot in der Herberge, „Zur Heimath“ erfolgt. Hilfsbedürftige, die am Sonnabend Nachmittag eintreffen, erhalten Verpflegung bis Montag früh. Die Einführung der vom deutschen Herbergsverein wegen Kontrollierung und Beschäftigung der Wanderer angenommenen Grundzüge hat stattgefunden. Die Stelle dient daneben dem Arbeitsnachweise, indem sie auf Grund der bei ihr eingehenden Meldungen Arbeiter und Arbeiterinnen jede geordnete Auskunft mündlich erteilt. Die Bemerkung der Zentralstelle während des Berichtsjahres dürfte am besten aus folgenden Zahlen erhellen. Von 4803 Hilfsbedürftigen wurden insgesamt unterstützt 4270 und zwar erhielten: 2099 Abendbrot, Nachtquartier und Morgenbrot, 1229 Mittagessen und 42 Brod. Dem Bezirks-Armen-Verein wurden 31, den Innungen 262 überwiesen und 82 Gefuche abgelehnt. In 65 Fällen konnte Arbeit nachgewiesen werden. Der Bericht konstatirt eine erhebliche Abnahme der Hausbedürftigen, dieselbe werde sich auf ein Minimum reduzieren lassen, wenn das Publikum sich dazu entschließen könnte, unbekante Bettler unter keinen Umständen durch Almosen zu unterstützen, sondern dieselben ausnahmslos an die Zentralstelle zu überweisen. — In der Diakonissenstation (gr. Klosterr.) finden die Schwestern der Bezirksarmenvereine ihren Vereinigungspunkt; außerdem ist daselbst eine Aufnahmestelle für weibliches Dienstpersonal eingerichtet. — Zur Bekämpfung des übermäßigen Branntweinconsums bestehen zwei Kaffeehäuser, deren Inhaber verpflichtet sind, gute Speisen und Getränke, unter Ausschluß aller geistigen Getränke, sowie Mittagessen billig zu verabreichen. Das Lokal der ersten Kaffeehalle befindet sich jetzt im Kellergefchoß des Bahnhofgebäudes (Oberbier 1). Der Verkehr im Verhältniß zum Vorjahr hat ein wenig abgenommen; es

